

14. Notariatsgesetz, Änderung, Angestellte mit erweiterten Befugnissen

Antrag des Regierungsrates vom 30. Oktober 2024 und Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 6. Mai 2025

Vorlage 5990a

Marcel Suter (SVP, Thalwil), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben, WAK, beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Änderung des Notariatsgesetzes betreffend die Angestellten mit erweiterten Befugnissen anzunehmen.

Im Zürcher Notariatswesen ist ein Fachkräftemangel festzustellen, auf den es zu reagieren gilt. Um Mitarbeitende besser halten und gewinnen zu können, sollen ihre beruflichen Aussichten gestärkt werden. Fachlich anspruchsvolle Aufgaben sollen umfassender und einfacher an sie delegiert werden können. Heute sind die Inhalte dieser sogenannten erweiterten Befugnisse im Gesetz abschliessend geregelt. Neu soll sie das Obergericht per Verordnung festlegen. Dabei bleibt im Gesetz verankert, dass erweiterte Befugnisse nur Mitarbeitenden mit entsprechender Erfahrung und Ausbildung erteilt werden dürfen. Eine Vereinfachung der Delegation ist auch angezeigt, um den Umgang mit der Geschäftslast im Konkurswesen zu erleichtern, die als Folge bundesrechtlicher Änderungen ansteigen dürfte.

Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon): Sehr geehrte frisch gewählte Frau Kantonsratspräsidentin, Frau Regierungspräsidentin, die momentan leider nicht anwesend ist, und insgesamt der neu gewählte weibliche «Bock» – also eigentlich neu die «Geiss». Ich gratuliere an dieser Stelle herzlich für so viel Frauenpower und selbstverständlich begrüsse ich auch die anwesenden Herren Regierungsräte.

Diese Frauenpower würde ich mir auch im Zürcher Notariatswesen wünschen, denn manchmal verraten Zahlen mehr als lange Berichte. Während 55 Jahren waren gerade einmal zwei Frauen im Kanton Zürich als Notarinnen tätig. Nur zwei Frauen sind über Jahrzehnte ganz nach oben aufgestiegen. Die erste Frau hatte es 2006 endlich geschafft und blieb zehn Jahre. Die zweite überwand die Hürde 2022. Doch inzwischen hat sie das Handtuch geworfen; nicht weil sie die Kompetenz nicht gehabt hätte, nicht weil die Arbeit sie überfordert hätte, sondern weil sie an Strukturen scheiterte, die keine Abweichung vom Vollzeitmodell duldeten. Jobsharing, flexible Modelle, alles ausgeschlossen. Diese Geschichte ist kein Einzelfall, sondern ein Symptom. Sie zeigt, dass wir im Zürcher Notariat eine unsichtbare Barriere haben, eine gläserne Decke, die Frauen von Spitzenpositionen fernhält, und dies, obwohl das Notariatsgesetz nirgendwo ein Vollzeitpensum vorschreibt, im Gegenteil: In Artikel 2 dieses Gesetzes ist sogar ein gewisser Gestaltungsspielraum hinsichtlich der Organisation der Amtsnotariate durch den Regierungsrat vorgesehen. Die Notariatsvollzeitstelle ist somit keine zwingende Regel, sondern bloss eine überkommene Verwaltungspraxis – wie ein Relikt aus einer anderen Zeit, aber im Zürcher Notariatswesen noch immer bestimmend. Und sie wirkt wie Beton.

Heute sprechen wir über eine Gesetzesanpassung, die unbestritten ist. Es geht darum, das Notariatsgesetz von 1985 anzupassen. Ich wage nicht, von Modernisierung zu sprechen, denn davon sind wir noch weit entfernt. Zurück zur heutigen Anpassung: Künftig soll das Obergericht selbst per Weiterbildungsverordnung festlegen können, welche erweiterten Befugnisse Notariatsangestellte übernehmen dürfen. Das macht die Notariate flexibler und reagiert auf die steigenden Anforderungen, gerade im Konkurswesen. Seit 2025 beschert uns die SchKG-Revision (*Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz*) mehr Arbeit, zusätzliche Fachkräfte sind dringend nötig. Und dass die Zürcher Notariate mit den Geschäften nicht mehr nachkommen, wissen wir spätestens seit der Beantwortung der Anfrage vom letzten Herbst (*KR-Nr. 223/2025*). Aus Kapazitätsgründen werden Geschäfte verzögert abgewickelt, und man wird vertröstet oder gar weitergewiesen. Einerseits sind Aufgabenfülle und Komplexitäten gestiegen, andererseits mangelt es an Personal. Doch die wahre Herausforderung, den Beruf attraktiv zu gestalten, liegt nicht allein in den Befugnissen, sondern in den Rahmenbedingungen, die die Karrieren im Notariat bestimmen. Denn hier liegt der Widerspruch: Einerseits wollen wir mehr Köpfe, mehr Kompetenz, mehr Flexibilität. Andererseits halten wir an Strukturen fest, die hochqualifizierte Menschen ausschliessen. Wer Familie hat, wer nicht in einem 100-Prozent-Pensum arbeiten kann oder will, wer neue Arbeitsmodelle sucht, bleibt auf der Strecke.

Wir haben 44 Notare, alles Männer, alle vollzeittätig. Darunter sind 100 Stellvertretungen, viele in Teilzeit, und 500 Mitarbeitende, ebenfalls oft in Teilzeit. Je höher die Stufe, desto verschlossener das System, desto patriarchaler und veralteter die Strukturen. Erst kürzlich gab es zwei Amtswechsel, einen im Notariat Zürich-Unterstrass und den anderen in Wallisellen. Endlich eine Frau? Nein, auf den pensionierten Armin (*Armin Kuhn*) folgte der Gregor (*Gregor Breitenmoser*) und auf den ebenfalls in den Ruhestand gehenden Sandro (*Sandro Bucher*) folgt der Matthias (*Matthias Eisenhut*). Verstehen Sie mich nicht falsch, ich zweifle nicht an ihren Fähigkeiten. Es geht nicht um diese Einzelpersonen. Doch ich vermisse irgendwo, irgendwann eine Frau bei unseren 44 Notariaten. Das ist nicht nur ein Gleichstellungsthema, es ist eine Frage der Zukunftsfähigkeit. Wer auf die Hälfte des Talentpools verzichtet, wer Frauen auf Stellvertreterstellen festhält, verschärft den Fachkräftemangel, statt ihn zu lösen. Dieser Arbeitgeber macht sich für viele Mitarbeitende unattraktiv und verstaubt, auch für junge Männer. Wir wissen, dass der Bedarf steigt, der Arbeitsmarkt leergefegt ist. Unsere Notariate verzichten bewusst auf Mitarbeitendenpotenzial, und das können wir uns nicht leisten.

Andere Bereiche sind da längst voraus: In der Privatwirtschaft, bei Anwaltskanzleien, in Schulen, sogar in Gerichten funktioniert Jobsharing, funktioniert Teilerwerbstätigkeit, funktioniert geteilte Verantwortung. Und warum soll das ausgerechnet im Notariatswesen unmöglich sein? Es gibt keinen Paragraphen, der uns daran hindert. Es fehlt nur der Wille, endlich auch hier Strukturen zu öffnen. Darum darf diese Gesetzesanpassung nicht bloss eine technische Korrektur sein. Sie muss der Auftakt sein, das Notariatswesen im Kanton Zürich wirklich zu modernisieren. Wir müssen uns von überkommenen Vollzeitdogmen lösen. Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, die es ermöglichen, dass Männer wie

Frauen ihren Weg bis ganz nach oben gehen können, in Vollzeit, in Teilzeit oder im Jobsharing. Im Frühling 2025 haben wir genau zu diesem Thema ein Postulat (KR-Nr. 143/2025) eingereicht. Wir warten gespannt auf die Antwort des Regierungsrates. Aber schon heute ist klar: Wenn wir wollen, dass das Notariatswesen zukunftsfähig bleibt, dann reicht es nicht, Befugnisse auszuweiten. Dann müssen wir auch die Strukturen ändern. Zürich verdient ein Notariatswesen, das Chancen eröffnet, nicht eines, das sie abblockt. Das heutige Zürcher Notariatswesen wirkt in vielen Teilen noch wie aus einer anderen Zeit.

Immerhin wurde die Notwendigkeit erkannt. Unter Einbezug des Notariatsinspektorats, der Mitarbeitenden und der Personalverbände wurden kürzlich eine Personalstrategie erarbeitet und Massnahmen festgelegt. Unter anderem sollen die Laufbahnen auf den Notariaten überprüft und, wo sinnvoll, überarbeitet werden. Hier hoffe ich sehr, dass insbesondere auf die jüngeren weiblichen Mitarbeitenden gehört wurde. Denn die Leitung des Notariatsinspektorats haben drei Männer inne, und auch bei den massgeblichen Personalverbänden, dem Notarenkollegium und der Gesellschaft der Notarstellvertreter ist die Führung in reiner Männerhand. Doch es besteht Grund zur Hoffnung. Immerhin sitzen vier Frauen im Vorstand der Notarstellvertreter. Liebe Notarstellvertreterinnen, ich zähle auf Sie. Es genügt nicht, Worte in einem Leitbild zu verewigen. Ich zitiere aus dem Leitbild des Notariatswesens: «Wir bieten (...) zeitgemässe Arbeitsbedingungen.» Diese Worte müssen gelebt werden. Wir wollen ein Notariat, das Leistung, Kompetenz und Motivation belohnt, unabhängig vom Beschäftigungsgrad. Es wäre ein Gewinn für alle, für die Mitarbeitenden, für die Gleichstellung, für die Attraktivität dieses Berufsfeldes und nicht zuletzt für die Bevölkerung, die auf funktionierende und gut besetzte Notariate angewiesen ist. Es braucht Fachkräfte? Dann müssen wir uns bewegen. Weiterbildungen sind ein guter Schritt, zeitgemässe Arbeitsbedingungen für alle müssen folgen.

Ich möchte meinen Appell an die Notarstellvertreterinnen verstärken. Aktuell sind es 36 Stellvertreterinnen in 28 Notariaten. Wir unterstützen Sie, wir glauben an Sie. Wir möchten in den nächsten Jahren die Mehrheit dieser 28 Notariate mit einer weiblichen Führung oder Co-Führung besetzt sehen. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg. Besten Dank.

Paul Mayer (SVP, Marthalen): Der Staat muss funktionieren, pragmatisch, effizient und mit gesundem Menschenverstand. Genau darum geht es bei der Änderung des Notariatsgesetzes. Wir schaffen eine gesetzliche Grundlage, damit die Notariate des Kantons Zürich ihre Aufgaben auch in Zukunft zuverlässig, rechtsicher und personell tragbar erfüllen können.

Heute ist die Organisation der Notariate zu stark reglementiert. Nur Notarinnen und Notare und deren Stellvertretungen dürfen umfassende Aufgaben übernehmen. Die Mitarbeitenden dürfen nur innerhalb eines engen gesetzlichen Rahmens Aufgaben übernehmen, selbst wenn sie über Ausbildung und Erfahrung verfügen. In Zeiten des Fachkräftemangels ist das nicht mehr zeitgemäss.

Die Gesetzesänderung schafft nun mehr Flexibilität. Der Umfang erweiterter Befugnisse soll neu durch das Obergericht via Verordnung geregelt werden, immer

noch auf klaren Anforderungen an Ausbildung und Erfahrung basierend. Damit können qualifizierte Mitarbeitende gezielt weitergebildet, gefördert und eingesetzt werden, ohne Abbau der Qualität, ohne Aufblähung des Apparates.

Für uns als SVP ist klar, dass diese Änderung vernünftig ist. Sie stärkt die Leistungsfähigkeit der Verwaltung, ohne neue Stellen, ohne neue Bürokratie, ohne zusätzliche Kosten für den Steuerzahler, im Gegenteil: Erstens werden durch die neuen Möglichkeiten qualifizierte Mitarbeitende gehalten, statt sie an die Privatwirtschaft zu verlieren. Zweitens wird die Hierarchie innerhalb der Verwaltung sinnvoll ergänzt. Wer mehr Verantwortung übernimmt, soll auch besser entlohnt werden, aber eben ohne dass es gleich teure Notariatsstellen werden. Drittens: Die Vorlage schafft klare Perspektiven für Mitarbeitende, besonders auch für Teilzeitkräfte, was mit Blick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wichtig ist. Und viertens: Die Notariate arbeiten heute mit Gewinn. Diese wirtschaftliche Eigenständigkeit wird mit der Vorlage nicht gefährdet, sondern eher gestärkt. Nicht zuletzt durch die Revision des Schuld- und Konkursgesetzes auf Bundesebene ist seit Januar 2025 mit einer spürbaren Zunahme an Konkursfällen zu rechnen, insbesondere im Bereich der öffentlich-rechtlichen Forderungen.

Wenn wir jetzt nicht handeln, riskieren wir, dass der Staat seine Pflichten bald nicht mehr innert nützlicher Frist erfüllen kann, und das wäre gegenüber Gläubigern und Steuerzahlenden schlicht nicht akzeptabel. Natürlich nehmen wir auch die Bedenken ernst, etwa die Sorge, dass die hohe Qualität der Notariatsausbildung geschwächt werden könnte. Doch genau das wird durch die gesetzlich festgeschriebenen Anforderungen und die Aufsicht des Obergerichts verhindert.

Aus Sicht der SVP und der EDU ist diese Gesetzesanpassung eine bodenständige, effiziente und praxistaugliche Lösung. Sie stärkt die Handlungsfähigkeit des Staates ohne neue Bürokratie. Das ist der richtige Weg. Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt die Vorlage.

Birgit Tognella-Geertsen (SP, Wangen-Brüttisellen): Das Notariatsgesetz regelt die Befugnisse von Notarinnen und Notaren, deren Stellvertretung sowie die Tätigkeit der weiteren Mitarbeitenden sehr detailliert, in weiten Teilen starr. Diese enge gesetzliche Vorgabe stösst in der Praxis zunehmend an ihre Grenzen. Insbesondere vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Fachkräftemangels führen sie zu spürbaren Herausforderungen im Arbeitsalltag der Notariate. Viele Notariate sind heute stark ausgelastet, was sich unmittelbar auf die Verfügbarkeit ihrer Dienstleistungen auswirkt. Meine persönliche Erfahrung zeigt, dass verfügbare Termine oft rar sind und Anliegen nicht zeitnah bearbeitet werden können. Diese Situation ist nicht aus der Organisationssicht problematisch, sondern beeinträchtigt auch den Zugang der Bevölkerung zu wichtigen notariellen Leistungen. Vor diesem Hintergrund erscheint es angezeigt, die bestehenden gesetzlichen Strukturen kritisch zu überprüfen und gezielt anzupassen. Die vorgeschlagene Gesetzesänderung setzt genau hier an. Sie folgt dem Ziel, die Delegation von Amtshandlungen auszuweiten und damit den Arbeitsprozess innerhalb der Notariate effizienter zu gestalten. Durch eine stärkere Einbindung qualifizierter Mitarbeitender können Notarinnen und Notare entlastet werden, ohne dass die Qualität oder

Rechtssicherheit der Dienstleistung beeinträchtigt wird. Insgesamt würde dies zu einer verbesserten Verfügbarkeit und einer schnelleren Bearbeitung von Anliegen führen.

Die SP unterstützt diese Gesetzesänderung ausdrücklich. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass damit lediglich ein erster Schritt getan ist. Weitergehende Reformen sind aus ihrer Sicht notwendig, um den strukturellen Herausforderungen nachhaltig zu begegnen. Von zentraler Bedeutung ist dabei insbesondere eine weitergehende Flexibilisierung der Amtsnotariatsstellen. In diesem Zusammenhang wurde das Postulat «Flexibilisierung der Amtsnotariatsstellen» (KR-Nr. 143/2025) eingereicht. Darin wird der Regierungsrat beauftragt, zu prüfen und dem Kantonsrat einen Bericht zu erstatten, inwiefern die heute als Vollzeitstellen ausgestatteten gewählten Amtsnotariate im Kanton Zürich flexibler organisiert werden können. Ziel ist es ganz klar, zeitgemässe Arbeitsmodelle zu ermöglichen und die Attraktivität dieser Funktionen zu erhöhen. Eine solche Anpassung ist nicht nur sachlich geboten, sondern auch dringend erforderlich. Sie trägt den veränderten Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes Rechnung und leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung einer leistungsfähigen, zugänglichen und bürgernahen, neutralen Versorgung. Langfristig können so die Effizienz gesteigert und die Erreichbarkeit der Dienstleistungen für die Bevölkerung nachhaltig verbessert werden. Ich bin gespannt auf die Antwort des Regierungsrates in dieser Sache. Dieser Gesetzesänderung stimmen wir ganz klar zu. Besten Dank.

Doris Meier (FDP, Bassersdorf): Die Vorlage 5990 wirkt auf den ersten Blick technisch, in der Praxis geht es aber um eine sehr konkrete Frage: Wie bleiben unsere Notariate leistungsfähig, wenn Fachkräfte knapp sind, die Geschäftslast steigt und die Anforderungen komplexer werden?

Aus Sicht der FDP sprechen drei Gründe für diese Gesetzesänderung: Die Vorlage schafft mehr Flexibilität, ohne die Qualität zu senken. Heute sind die erweiterten Befugnisse von Notariatsangestellten eng geregelt. Das führt in der Praxis zu starren Abläufen und erschwert es, vorhandene Fachkompetenzen dort einzusetzen, wo sie gebraucht werden. Künftig soll das Obergericht qualifizierten Mitarbeitenden in allen Aufgabenbereichen des Notariats erweiterte Befugnisse erteilen können. Entscheidend ist dabei, dass diese Befugnisse nicht pauschal vergeben werden. Sie setzen Ausbildung, Erfahrung und, wo nötig, Fachkurse oder Prüfungen voraus. Damit erhalten die Notare mehr Spielraum, um ihre Arbeit sinnvoll zu organisieren.

Zweitens: Die Vorlage ist eine Antwort auf den Fachkräftemangel. Die Notariate sind auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Wer solche Mitarbeitende gewinnen und halten will, muss ihnen Perspektiven bieten. Wenn jemand über Jahre Fachwissen und Erfahrung aufbaut, dann soll es auch möglich sein, eine echte Fachkarriere einschlagen zu können, nicht nur über den Weg des Zürcher Notarpatents. Zur Attraktivität eines Berufes gehören heute auch moderne Arbeitsbedingungen, insbesondere Teilzeitmöglichkeiten. Dies wird für die heute angestellten Mitarbeitenden bereits gelebt. Bei den gewählten Notarinnen und Notaren ist die Ausgangslage komplexer. Sie werden vom Volk gewählt. Eine Teilung des

Amtes wäre bei Beibehaltung der Volkswahl rechtlich und organisatorisch schwierig umzusetzen. Gerade deshalb ist es wichtig, die vorhandenen Spielräume von qualifizierten Mitarbeitenden am besten zu nutzen und dort Entwicklungsmöglichkeiten und Verantwortung zu erweitern.

Drittens: Die Vorlage stärkt die Funktionsfähigkeit der Notariate. Besonders deutlich zeigt sich der Handlungsbedarf im Konkurswesen. Dort ist mit einer zusätzlichen Belastung zu rechnen, weil die Änderung im Bundesrecht zu mehr Konkursverfahren führen dürfte. Gleichzeitig sind die personellen Ressourcen bereits heute angespannt. Wenn wir wollen, dass Verfahren professionell, effizient und zeitnah abgewickelt werden, müssen wir den Notariaten die nötigen organisatorischen Möglichkeiten geben. Für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger ist am Ende entscheidend, dass die Dienstleistungen der Notariate zuverlässig erbracht werden, damit die Qualität auch in Zukunft gesichert ist. Aus den Ausführungen des Regierungsrates ist zudem ersichtlich, dass diese Änderungen zu keinen Mehrkosten führen werden.

Die Fraktion der FDP stimmt der Vorlage zu.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Bei diesem Geschäft sind wir uns ja von links bis rechts total einig, wir haben die Argumente gehört. Für uns Grüne kann ich sagen, was noch wichtig ist, nämlich, dass die Notariatsmitarbeiter mit inhaltlich anspruchsvolleren, erweiterten Befugnissen und mehr Verantwortung auch höher entlohnt werden. Dies wurde uns in der Kommission seitens des Finanzdirektors auch so bestätigt. Und damit das Notariat für Fachkräfte attraktiv bleibt, braucht es ja auch Anpassungen an die heutigen Familienmodelle, wir haben das ansatzweise auch schon gehört. Dazu hat die AL mit Mitunterzeichnenden das Postulat «Flexibilisierung der Amtsnotariatsstellen» eingereicht, und es wurde erfreulicherweise von der Regierung entgegengenommen. Wir dürfen also zuversichtlich sein, dass die Zeichen der Zeit erkannt wurden und sich die Notariate weiterentwickeln werden. Wir Grünen treten auf die Vorlage ein und stimmen der Vorlage zu.

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Haben Sie auch schon einmal einen Chef gehabt, der nicht delegieren kann? Ich weiss nicht, ob Sie das einmal erlebt haben – es kann auch eine Chefin sein –, dass dieser einfach sagt, er müsse alles selber machen, und alle sich nerven, oder dass er eher das Gefühl hat, nur er könne das lösen. Ich habe solche Situationen x-mal erlebt. Er arbeitet dann einfach bis 11 Uhr am Abend, und er ist immer überlastet, und nur er beziehungsweise sie kann es. Und genau das nervt, und genau das wollen wir auf den Notariaten eben nicht.

Und wir sagen, es gebe einen Fachkräftemangel. Schauen Sie, in solchen Situationen gibt es ganz motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sehr gerne helfen und sehr gerne Verantwortung übernehmen würden. Aber wenn der Chef eben meint, er sei unersetzlich und nur er könne das, und überhaupt alles sei nicht recht, dann gibt es diesen Flaschenhals. Wir haben jetzt gesagt, diese neue Lösung sei

eine Win-win-win-Situation. Eine Win-win-win-Situation habe ich noch nie erlebt. Wenn es zwei Wins hat, dann weiss ich meistens, dass dich einer über den Tisch zieht. Er will dir etwas verkaufen und sagt dir, das sei Win-win. Das ist vor allem für ihn Win-win, das ist meistens kein Win-win. Aber hier habe ich mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass wir eine Win-win-win-Lösung haben. Also, es ist besser für die Fachkarriere, es ist flexibler, es entlastet und – was ich den Hammer finde – es kostet nicht einmal mehr. Eine Win-win-win-Lösung, die nicht einmal mehr kostet, das muss man sich einmal in Ruhe überlegen. Ich hoffe, es ist dann auch so, und ich freue mich. Ich persönlich habe nie negative Erfahrungen mit dem Zürcher Notariatswesen gemacht, nie. Ich war immer positiv überrascht.

Und wir haben jetzt Vorschläge gehört, dass es nur noch Frauen sein sollen. Das ist mir auch recht. Dann wird es auch positiv sein. Es freut mich sehr, wenn das zutrifft. Aber ich habe mir dann auch überlegt, was die Motivation von jemandem ist, um fünf Uhr mit der Arbeit zu beginnen, wenn er viel Arbeit hat und in einem Amtsnotariat ist. Jetzt bin ich etwas frech. Schauen Sie, in Bern gibt es kein Amtsnotariat. Die Notare sind oft schneller, aber es ist einfach teurer. Und jetzt können Sie wählen, ob Sie es etwas schneller und teurer oder etwas langsamer und günstiger haben wollen. Ich bin sehr zufrieden mit der Arbeit der Notariate im Kanton Zürich. Ich freue mich auf die Win-win-win-Lösung und ich freue mich darauf, dass wir schon bald viele Frauen haben werden. Von daher unterstützen wir die Vorlage als ganze EVP aus vollem Herzen. Danke fürs Zuhören.

Gianna Berger (AL): Dass diese Vorlage in der WAK einstimmig unterstützt wurde, sagt eigentlich schon alles. Der Fachkräftemangel und die steigende Konkurslast durch die Praxisänderungen sind so offensichtlich, dass niemand dagegen ist, unterstützende Massnahmen zu gewähren. Aber wenn wir ehrlich sind, liegt hier ein strukturelles Problem vor. Wie Cristina Cortellini ausgeführt hat, ist es ein System, in dem unterhalb der Leitungsebene die Mehrheit oft weiblich ist. Die Vorlage heute ist pragmatisch, aber sie löst das strukturelle Problem nicht, dass das Notariatswesen einer der Bereiche ist, der eine reine Männerdomäne blieb. Darum hat die AL das Postulat «Flexibilisierung der Amtsnotariatsstellen» eingebracht, damit Teilzeit- und Jobsharing-Modelle ernsthaft geprüft werden. Nur so wird es gelingen, die gläserne Decke aufzubrechen. Und ich darf Frau Cortellini daran erinnern, dass sie es ebenfalls unterzeichnet hat. Es freut uns, dass unser Postulat diskussionslos überwiesen wurde. Die AL stimmt dieser Vorlage zu, und wir verstehen sie als ersten Schritt. Der zweite muss folgen, wenn wir wirklich ein modernes, familienfreundliches System wollen. Denn noch immer liegen viele ausgebildete Menschen brach, weil es ihre Lebenssituation nicht zulässt, dass sie hochprozentig arbeiten. Vielen Dank.

Regierungsrat Ernst Stocker: Ich kann es eigentlich kurz machen. Ich bin etwas überrascht über diese Diskussion, denn in der WAK war man ja einstimmig der Meinung, dass man mit allem zufrieden ist. Aber diese Änderung macht Sinn. Ich

vertrete ja hier das Obergericht gewissermassen treuhänderisch, weil das Obergericht selber keine Vorlagen in den Rat bringen kann. Ich bin überzeugt, dass das Obergericht diese Debatte verfolgen und das Protokoll intensiv lesen wird. Bei diesen Fragen ist ja insbesondere die Präsidentin des Obergerichts angesprochen, und sie wird in diesem Bereich des Notariatswesens sicher Ihre Haltung zur Kenntnis nehmen, denn Sie haben ja die Aufsicht über das Notariatswesen. Ich möchte Ihnen für die einstimmige Zustimmung danken und glaube, dass diese Vorlage trotz der Vorbehalte nach wie vor sinnvoll ist, und bitte Sie, ihr zuzustimmen. Besten Dank.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

I. Das Notariatsgesetz vom 9. Juni 1985 wird wie folgt geändert:

§ 13

§§ 14–16 werden aufgehoben.

§ 37

Übergangsbestimmung zur Änderung vom ...

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Damit ist die Vorlage materiell durchberaten und geht nun an die Redaktionskommission.

Das Geschäft ist für heute erledigt.